



18. Wahlperiode

Drucksache 18/5066

# HESSISCHER LANDTAG

## Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend „Eva, hör’ die Signale – Hilferuf der Hochschulen ernst nehmen!“

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag wertet den „Appell der fünf hessischen Universitäten an die Landesregierung“ als unüberhörbares Signal an die Wissenschaftsministerin, endlich ihrer Verantwortung gegenüber den Hochschulen gerecht zu werden und auf den bisherigen Höchststand der Studierendenzahlen und die Unterfinanzierung der Hochschulen zu reagieren.
2. Der Landtag stellt fest, dass allein an den Universitäten die Zahl der Erstsemester seit 2007 um über 40 Prozent gestiegen ist, die doppelten Abiturjahrgänge aufgrund von G8 in Hessen erst noch bevorstehen und die Hochschulen auf diesen Ansturm der Studierenden nur unzureichend vorbereitet sind und schon jetzt ihre Kapazitätsgrenzen erreicht haben.
3. Der Landtag kritisiert, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen seit Jahren zu gering ist und im aktuellen Hochschulpakt des Landes deutlich gekürzt und umgeschichtet wurde.
4. Der Landtag stellt fest, dass die bereitgestellten Mittel pro Studienplatz nicht kostendeckend sind, wodurch sich die Unterfinanzierung der Hochschulen mit jedem weiteren Studierendenplatz weiter verschärft. So sind die Studienplätze sowohl durch den Hochschulpakt 2020 von Bund und Ländern als auch aufgrund der Clusterpreise im Landeshaushalt nicht kostendeckend finanziert. Auch tragen die Clusterpreise aufgrund der jährlichen Änderung in der Höhe nicht zur Planungssicherheit der Hochschulen bei.
5. Der Landtag zeigt sich besorgt, dass die steigenden Studierendenzahlen bei einer strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen zu einer deutlichen Qualitätsverschlechterung der Ausbildung sowie in der Forschung führen wird und es jungen Menschen erschwert wird ein Studium aufzunehmen.
6. Der Landtag stellt fest, dass sich die Wohnraumsituation für Studierende aufgrund der stark steigenden Studierendenzahlen weiter dramatisch verschärft und die Studentenwerke hierauf nur unzureichend reagieren können.
7. Der Landtag stellt fest, dass sich die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen aufgrund von immer kürzeren Befristungen der Arbeitsverträge, meist in Teilzeit, deutlich verschlechtert hat und der Beruf Wissenschaft durch Karriererisiken und Unsicherheiten gefährlich an Attraktivität verliert.
8. Der Landtag begrüßt die klaren Worte von Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13. November 2011 sagte: „Die Länder, die so selbstbewusst von ihrer Kulturhoheit sprechen, müssen ihren Beitrag leisten, um die Hochschulen zu unterstützen.“ Die auch in Hessen stattfindenden Kürzungen im Wissenschaftsetat nannte sie „schwer nachvollziehbar“.
9. Der Landtag bedankt sich bei den Hochschulen, dass sie den Studierendenberg bisher im Rahmen ihrer Möglichkeiten gut bewältigt haben.
10. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung den Hilferuf der Hochschulen ernstnimmt, endlich ihre Verantwortung gegenüber den Hochschulen wahrnimmt und den Gedanken

der Autonomie der Hochschulen nicht weiterhin zum Abschieben der finanziellen Verantwortung des Landes missbraucht. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in einem ersten Schritt die Kürzungen im Hochschulpakt 2011-2015 zurückzunehmen, ein Sonderprogramm zum Studierendenberg aufzulegen und die Hochschulen bei ihren vielfältigen Bemühungen dem Studierendenansturm zu begegnen aktiv zu unterstützen.

**Wiesbaden, den 13.12.2011**

**Der Fraktionsvorsitzende  
Tarek Al-Wazir**

**Eingegangen am**

**Eilausfertigung am**

**Ausgegeben am**